



Impuls

Rettet das deliberative Prinzip!

Felicitas Holzer veröffentlicht am 07 Februar 2022 11 min

Was vernünftig ist, steht in einer Demokratie nicht von vornherein fest, sondern ist Gegenstand der Auseinandersetzung. Dieses deliberative Prinzip ist durch die Corona-Pandemie in Gefahr geraten – und damit die Demokratie selbst. Ein Impuls von Felicitas Holzer.

Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas hat den Begriff der „kommunikativen Vernunft“ entscheidend geprägt. Die Idee dahinter ist, dass es nicht „die einzige richtige“ Vernunft gibt, und auch nicht „die eine“ normativ verbindliche und politische und gesellschaftliche Ordnung. Vernunft ist an kommunikative Alltagspraxis gebunden; das heißt, erst in unserer Verständigung und unter Zuhilfenahme von Argumenten können wir Wahrheit und Richtigkeit gelten lassen. Unsere normative Ausgestaltung einer Gesellschaftsordnung beruht auf Kommunikation; und das, was vernünftig ist, tritt erst in der kommunikativen Alltagspraxis zutage.

Die deliberative Demokratie ist ein Demokratiemodell und das Fundament, so meint man in der politischen Theorie, welches auf einer funktionierenden kommunikativen Alltagspraxis und kommunikativer Vernunft beruht, und unsere westlichen liberalen Demokratien deshalb so einzigartig macht. Allerdings hat sich zuletzt gezeigt, dass das deliberative Prinzip immer mehr in Gefahr gerät, was sich in der aktuellen Debattenkultur der COVID-19 Pandemie besonders bemerkbar macht.

Unser Demokratieverständnis stützt sich auf zwei wichtige Grundannahmen. Zum einen sind Bürger und Bürgerinnen im Besitz von Grundrechten; das heißt Freiheitsrechten, die nur in Notsituationen, jedoch nicht auf Dauer und im Normalfall, eingeschränkt werden dürfen. Eine wichtige Funktion des Staates besteht darin, die Freiheit des Individuums vornehmlich gegen Kollektivismus, Willkür und Machtmissbrauch zu schützen, wobei der Aufrechterhaltung einer freiheitlichen Grundordnung eine entscheidende Aufgabe zukommt. Die andere wesentliche Prämisse ist der Wertepluralismus, was bedeutet, dass es nicht ein kollektives oberstes Gut oder eine alleinige, für alle Menschen geltende Konzeption des guten Lebens gibt. Letzteres macht die Ausgestaltung einer Demokratie durchaus schwierig, denn Werte und Politik sind Verhandlungssache, solange man sich im Rahmen einer liberalen Verfassung bewegt.

STREIT UM WERTE

Die politische Theorie hat lange geglaubt, dass die Aufrechterhaltung des Wertepluralismus mit einer liberal-demokratischen Grundordnung vereinbar ist. Für Werteabwägungen war der öffentliche Diskurs – die kommunikative Vernunft – und hierbei die sogenannte „Deliberation“ (aus dem Lateinischen „Beratschlagung“, „Überlegung“ oder „Bedenken“) zuständig. Viele Theoretiker und Theoretikerinnen haben sich an idealen Modellen der Deliberation ein Leben lang abgearbeitet. Eine wichtige Frage dabei ist, wie öffentliche Diskurse geführt werden können, um dabei auch die Teilhabe der Bürger und

Bürgerinnen zu gewährleisten. Bekannte Demokratietheorien sind diejenigen von Jürgen Habermas, John Rawls, Joshua Cohen, Jon Elster, Amy Gutmann und anderen. Diese Theorien sind gleichzusetzen mit dem vorherrschenden Paradigma der politischen Theorie des 20. Jahrhunderts, und füllten die Curricula von Studierenden in vielen westlichen Ländern.

Noch Ende der 60er und in den 70er Jahren wurden Wertedebatten offen geführt, auch wenn dies gesellschaftliche Konflikte keineswegs ausschloss. Die 68er Generation stellte bürgerlichen Werten, wie Pflicht, Ehre und Gehorsam, eine Wertekultur entgegen, die Freiheit und Gewaltlosigkeit propagierte. Während noch Mitte der sechziger Jahre eine Mehrheit für Patriotismus und „traditionelle“ Werte in westlichen Ländern zu finden war, [wendete](#) sich diese Wahrnehmung in den darauffolgenden Jahrzehnten durch Studenten- und Bürgerrechtsbewegungen. Hierbei bedeutete eine funktionierende deliberative Debattenkultur nicht unbedingt, dass Diskurse ohne Polemik, konfliktlos oder gar ohne jegliche verbale Gewalt geführt wurden. Allerdings zeichnete sie sich dadurch aus, dass Wertedifferenzen und verschiedene Wertevorstellungen in der Öffentlichkeit als legitim wahrgenommen wurden.

Um den nun aktuellen Fall der COVID-19 Pandemie zu beleuchten, stellt sich die Frage, ob das deliberative Prinzip für den Umgang mit Wertekonflikten zunehmend in Gefahr gerät. Zum einen existiert die Möglichkeit, dass Wertedifferenzen nur als „Scheindebatten“ wahrgenommen werden; das heißt, es wird in Abrede gestellt, dass es überhaupt einen deliberativen Diskurs über Werte geben sollte. Zum anderen ist das deliberative Prinzip unserer Demokratie in Gefahr, wenn Vertreterinnen gewisser Wertepositionen vom Diskurs ausgeschlossen werden.

DIE ROLLE DER SOLIDARITÄT

Bevor auf diese Thesen näher eingegangen wird, möchte ich hervorheben, dass es im Falle der COVID-19 Pandemie tatsächlich um wichtige Wertedebatten im öffentlichen Diskurs gehen sollte. Zum Beispiel müsste untersucht werden, ob die Pandemiebewältigung als „höchstes Gut“ tatsächlich eine massive Einschränkung individueller Freiheitsrechte rechtfertigen kann. Dabei geht es auch darum, wie das Gut der öffentlichen Gesundheit effektiv erreicht werden kann, das heißt, um die geeignete Wahl der Maßnahmen. Es geht auch darum, wie Freiheit nun definiert werden soll, oder was das Konzept der „Solidarität“ überhaupt heißen kann und ob es in diesem Zusammenhang überhaupt eine sinnvolle Kategorie ist. Man kann aus verschiedenen philosophischen Schriften entnehmen, wie zum Beispiel aus den Werken von Thomas von Aquin, den Aufklärern oder modernen Theoretikern, wie Alan John Simmons oder George Klosko, dass solche Begriffe in der Ideengeschichte recht unterschiedlich interpretiert wurden, und es daher keinen „richtigen“ oder „falschen“ Begriff der Freiheit oder Solidarität geben kann.

Um auf das erste Problem der fehlenden Anerkennung legitimer Wertedifferenzen einzugehen, kann man festhalten, dass oft auf beiden Seiten des Meinungsspektrums in Abrede gestellt wird, dass Positionen, Argumente und Werte überhaupt verhandelt werden können. Zum Beispiel wird vom „falschen Freiheitsbegriff“ oder „Eigenverantwortung“ als „Floskel“ geredet – eine argumentative Strategie, die darzulegen versucht, dass Freiheit keinen Freibrief darstellt, sondern gewisse politische Pflichten mit sich [bringt](#). Dass Freiheit keinen Freibrief darstellt, ist mit philosophischen Argumenten belegbar. Allerdings heißt das nicht, dass der Diskurs rund um Grundrechtseinschränkungen deshalb einfach „falsch“ ist oder ad acta gelegt werden kann. Auch eine „Pflicht“ zur Solidarität, welche Grundrechtseinschränkungen begründen soll, ist aus philosophischer Sicht keinesfalls unabdingbar.

Als Beispiel nehme man den Harvard Professor Nozick und andere libertäre Autoren, die in ihren Theorien es nicht einmal für gerechtfertigt halten, dass ein Staat, wie er in unserer heutigen Form existiert, berechtigt ist Bürgerinnen in ihren Freiheiten einzuschränken. Diese Debatten wurden geführt, und zwar alle inmitten der Disziplin der akademischen Philosophie an renommierten Universitäten. Dazu kommt, dass „Solidarität“ bis ins 18. Jahrhundert lediglich eine „Form der Haftung“ war. Man kann aus verschiedenen philosophischen Schriften schließen, und das beinhaltet sicher auch Immanuel Kants Schriften zur Moralphilosophie, dass Solidarität auch als schwacher Begriff konzeptualisiert werden kann. Solidarität ist dann „supererogatorisch“, was bedeutet, dass die Solidarleistungen der jeweiligen Individuen einer Gruppe über ihre Pflicht hinausgehen und nicht verbindlich sind. Oder einfacher gesagt: Solidarität kann nicht einfach eingefordert werden, auch wenn sie lobenswert ist.

VON ARISTOTELES LERNEN?

Diese Beispiele dienen ausschließlich der Klarstellung, dass Wertesysteme und philosophische Interpretationen von Begriffen immer einem Wertediskurs unterliegen und keinesfalls in Stein gemeißelte Wahrheiten liefern. Daher scheitern Versuche, ein klares Wertesystem als Letztbegründung politischer Positionen und Aktionen aufzustellen. Um auf das zweite problematische Phänomen des Diskursausschlusses verschiedener Gruppen einzugehen, lohnt es einen Blick darauf zu werfen, wie ein Diskurs idealerweise geführt werden sollte; nämlich im Einklang mit gewissen Regeln, die unverzichtbar sind, wenn die Diskursteilnehmerinnen auf ein konstruktives Ergebnis kommen möchten. Diskurstheorien und die gleichnamigen Tugenden sind hierbei dazu angedacht den Vermittlungsprozess zwischen verschiedenen Positionen zu unterstützen. Hans-Georg Gadamer, einer der prominentesten Theoretiker der so genannten Hermeneutik (altgriechisch ἐρμηνεύειν hermēneúein, zu deutsch „erklären“, „auslegen“, „übersetzen“) schrieb in seinem Jahrhundertwerk Wahrheit und Methode, dass ein Gespräch führen den beteiligten Gesprächspartner abverlangt den anderen nicht niederzuarargumentieren, sondern im Gegenteil das sachliche Gewicht der anderen Meinung tatsächlich zu erwägen. Ein wirklicher Gesprächsaustausch verlangt, dass man „...das Gesagte nicht in seiner Schwäche zu treffen versucht, sondern es erst selbst zu seiner wahren Stärke bringt.“ Subjektive Eingenommenheit wird im Diskurs einer wahrhaftigen Prüfung ausgesetzt. Eine weitere Diskurstugend ist auch das Zuhören und die Gelassenheit, die „ausgewogene Mitte“ und einen angemessenen Tonfall zu finden – ganz im aristotelischen Sinne.

Es scheint, dass in vielen Beiträgen zur öffentlichen Debatte, sei es in den Leitmedien oder sozialen Netzwerken, Diskurstugenden kein wirkliches Augenmerk geschenkt wird. Das fängt bei Beschimpfungen des gegnerischen Lagers an, was auch unter dem Thema „Hass im Netz“ bekannt ist. Anfeindungen und Gewaltandrohungen Journalistinnen, Politikerinnen und anderen öffentlichen Personen gegenüber [sind](#) keine Seltenheit. Es mag stimmen, dass gewisse Menschen, die gegen den Regierungskurs wettern, für Argumente, die Corona-Maßnahmen untermauern, nicht mehr zugänglich sind. Allerdings wird ebenfalls Ausgrenzung ausgeübt, wenn Kritikerinnen gewisser staatlichen Maßnahmen in das Lager der sogenannten „Querdenkerinnen“ oder gar „Verschwörungstheoretikerinnen“ gedrängt werden.

Die verbalen Entgleisungen des Altbundespräsidenten oder der Begriff „Covidioten“ zeigen, dass viele Akteure, auch mit politischer Verantwortung, nicht mehr bereit sind das Gespräch mit Andersdenkenden zu suchen. Idioten (von altgriechisch ἰδιώτης idiotēs, „Privatperson“) waren Personen in der Polis, die sich nicht in öffentliche und politische Angelegenheiten einmischten und auch keine politischen Ämter wahrnahmen. Das heißt, Idioten waren vom

politischen Diskurs ausgeschlossen. Dazu passt auch das Beispiel eines unglücklichen Zwischenfalls des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der meinte darüber entscheiden zu können, wer den Status einer Bürgerin (einer „Vernünftigen“) oder Nicht-Bürgerin (einer „Unvernünftigen“) [verdient](#). Auch wenn solche Äußerungen meist nur politischem Kalkül geschuldet sind, sind sie doch äußerst [unangebracht](#).

SELBSTAFFIRMATION STATT DELIBERATION

Dies beobachtend, liefert die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot ein weiteres Beispiel für ein Indiz, welches das Scheitern des deliberativen Prinzips in der aktuellen Debattenkultur beschreibt. In einem SWR-Interview äußert sie Verwunderung darüber, dass der Begriff des „Querdenkens“ denunziert wurde, obwohl querdenken in seiner ursprünglichen Begrifflichkeit doch eigentlich mit kritischem Denken – als eigentliche Basis jeder Demokratie – in Verbindung gebracht werden sollte. Guérot sieht darin ein Problem der Demokratie selbst, wenn kritisches Denken als nicht-demokratiekonform denunziert wird. Spezifisch prangert sie an, dass alle, die in der Gegenöffentlichkeit waren, als Querdenkerinnen oder Verschwörungstheoretikerinnen denunziert wurden, und „[...] dass man zwischen Sprecher und Argument nicht mehr getrennt hat“.

Natürlich sollte man sich auch immer vergegenwärtigen, dass der Diskursausschluss keineswegs eine Erfindung der Corona-Pandemie ist. Um eine geschichtliche Parallele zu ziehen, haben Narrative zum Schutze der Volksgesundheit auch schon früher bestimmte Personengruppen diffamiert und vom sozialen Diskurs ausgeschlossen. Der Spiegel schreibt über homosexuelle Männer während der Aids Epidemie in den 80er Jahren: „Es ist eine eigene Welt, die Subkultur, der homosexuellen Männer Berlins, zwanzig-, vielleicht dreißigtausend Glieder stark; von der Bevölkerung toleriert, denn Homos sind höflich und haben Geld; auch von der Polizei gänzlich verschont, wohl aus den gleichen Gründen. Jetzt aber fürchtet man sich vor zweierlei Übeln: der Krankheit Aids, die einzelnen Homos den Tod bringen wird und – schlimmer noch – vor dem heterosexuellen Echo auf Aids, das allen Homosexuellen die große Freiheit zur Lust von Amts wegen wieder nehmen könnte.“ Dazu präsentiert der Spiegel dann auch noch Kommentare, die davor warnen mit schwarzen Menschen oder Amerikanern zu schlafen, die sich über die Monogamie [echauffieren](#). Es ist wichtig festzuhalten, dass dies nicht nur aus einer deliberativen Perspektive problematisch erscheint, sondern auch eine erkenntnistheoretische Schwierigkeit birgt. Was wir einst für wahr hielten – in diesem Falle, dass vor allem Homosexuelle oder Schwarze zur Aids-epidemie beitrugen – erweist sich aus heutiger Sicht als hochproblematisches Klischee gegenüber gewissen Personengruppen.

In einer signifikanten Anzahl öffentlicher Beiträge richtet sich das Ziel von Kommunikation oft darauf die eigene Position durch wiederholte Selbstaffirmation zu bestärken. Diskursive und deliberative Absichten der Vermittlung, des Abwägens oder des kritischen Prüfens werden heutzutage oft von Meinungen ohne argumentativen Rückhalt oder Behauptungen abgelöst, welche die eigene Position als einzig legitim vertretbare darstellen. Die Legitimierung der eigenen Position wird dann, wie oben beschrieben, durch einen Diskursausschluss weiter verstärkt. Die Inklusion und Partizipation des Gegners, das Abwägen des gegnerischen Arguments, das eigentliche Anliegen der deliberativen Demokratie, bleiben vermehrt außen vor.

ÜBERLAPPENDER KONSENS

Auch hier gibt es umfassende Beispiele in Bezug auf die aktuelle Lage. Wie oben angeführt, stammen problematische Äußerungen und Hetze, vor allem in den sozialen Netzwerken, von Gegnerinnen der Regierung, der Medien oder medienwirksamen Personengruppen. Doch Politikerinnen, Intellektuelle und Journalistinnen tragen genauso zum Verfall der deliberativen Debatte bei. Man nehme zum Beispiel Sendungen der öffentlichen Medien, die neben sachlichen Beiträgen auch ganz gezielt Nicht-Geimpfte adressieren und den Begriff der „Pandemietreiberinnen“ [geprägt](#) haben.

Ausgang eines solch maroden Verständnisses von Debattenkultur kann schlussendlich nur die „Wertediktatur“ sein. Werte werden dann gemäß dem Prinzip des Stärkeren durchgesetzt. Im Falle einer Demokratie ist es dann die Mehrheit, die ihre Werte und normativen Positionen durchsetzt. Das ist ein recht plumpes Demokratiemodell – ein simples Mehrheitsprinzip, welches nun die eigentlich auf partizipativen Freiheitsrechten gegründete deliberative Demokratie ersetzt. Es ist ein Modell, das Minderheiten nicht ernst nimmt, da Meinungen von Minderheiten potenziell in allen Belangen bedroht werden können, nämlich genau dann, wenn eine Mehrheit entscheidet, dass eine Minderheit antidemokratisch agiert und kein demokratisches Partizipationsrecht mehr hat.

Deliberative Demokratiemodelle und philosophische Theorien des Liberalismus waren eigentlich ein Versuch einen Rahmen zu definieren, um Wertedikaturen und Ideologisierung zu vermeiden. Das heißt der Liberalismus stellt voran, dass Weltanschauungen (oder Ideologien), die vorgeben Lösungen für gesellschaftliche Probleme parat zu haben, auch immer hinterfragt werden müssen und Subjekt gesellschaftlicher Debatten sind. Diese Theorien nehmen an, dass verschiedene Lager und Interessen, zumindest in der Theorie, zu einem „überlappenden Konsens“ führen können, auch wenn Politik niemals alle Interessen gleichwertig bedienen kann.

BESINNUNG AUF EIN DELIBERATIVES MITEINANDER

Natürlich zieht das als Problem nach sich, dass Minderheiten immer existieren werden, die sich kein Gehör im öffentlichen Diskurs verschaffen, oder verschaffen sollten. Traditionell ziehen liberale Theoretikerinnen oft eine Grenze, wenn Minderheiten nicht verfassungskonform oder in Einklang mit liberalen Werten und Grundrechten agieren. Inwieweit dies auf, zum Beispiel, die Gruppe der sogenannten „Corona-Leugner“ angewandt werden kann und wie mit Minderheiten antidemokratischer Ansichten umgegangen werden sollte, kann allerdings auch nur diskursiv gelöst werden, und wenn möglich unter Einbezug dieser Gruppen.

Natürlich gibt es im Rahmen jeder liberalen Demokratie das Recht seine „Meinung“ frei zu äußern. Das bleibt unbestritten. Doch bleibt die Frage, ob Meinungen ohne argumentatives Fundament immer konform mit der Grundidee einer deliberativen Demokratie sind, welche eigentlich auf Verständigung und Argumentation beruht. Reine Behauptungen, oder Meinungen ohne vorgebrachte Argumente, sind zwar in der Öffentlichkeit gestattet, schaden der Deliberation und dem sozialen Zusammenhalt allerdings sehr; denn immer mehr Menschen [beklagen](#) die Spaltung der Gesellschaft in der aktuellen Debatte. So wie es in einer freien Demokratie immer auch möglich ist Demokratiefeinde zu wählen, so ist es im Namen der Meinungsfreiheit möglich gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und Meinungen aus dem Raum des „vernünftigen Diskurses“ zu verbannen.

In welche Richtung sich unsere Demokratie entwickelt, ist offen. Ein Wiederaufleben der Debattenkultur scheint vielleicht sogar in Aussicht. Zumindest könnte man sich dem Thema, vielleicht gerade durch die Corona-Erfahrung, wieder annehmen, was in den Medien und im Bundestag mittlerweile auch wieder vermehrt geschieht. Der Erhalt oder gar die Stärkung unserer Demokratien ist sicherlich möglich, nämlich wenn man sich auf das deliberative Prinzip stützt: die eigene Position kann nur an Stärke gewinnen im Lichte eines fairen Gesprächs mit dem politischen Gegner. Ziel sollte ein Miteinander sein, ein stetiges Wachsen an den eigenen Argumenten und der Auseinandersetzung mit den Gegenargumenten. •

Felicitas Holzer hat Volkswirtschaftslehre und Philosophie in München, Buenos Aires und Cambridge studiert und promovierte an der Sorbonne in politischer Philosophie. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Biomedizinische Ethik der Universität Zürich und Redakteurin der Fachzeitschrift Developing World Bioethics. Sie wirkte an Beratungsprojekten zu Fragen der globalen Gesundheitsethik für die Weltgesundheitsorganisation mit und arbeitet für die Europäische Union.

Der Text spiegelt ausschließlich die persönliche Meinung der Autorin wider und stellt in keiner Weise die Positionen der angeführten Institutionen dar.



NEUEN KOMMENTAR HINZUFÜGEN

Ihr angezeigter Name

Dieser Name wird im Kommentar angezeigt.

Kommentar

Speichern

WEITERE ARTIKEL

Artikel 13 min

Wer sind "Wir"?

01 Februar 2016

Als Angela Merkel den Satz „Wir schaffen das!“ aussprach, tat sie dies, um die Deutschen zu einer anpackenden Willkommenskultur zu motivieren. Aber mit der Ankunft von einer Million Menschen aus...

Artikel 14 min

Wie schaffen wir das?

01 Februar 2016

Eine Million Flüchtlinge warten derzeit in erzwungener Passivität auf ihre Verfahren, auf ein Weiter, auf eine Zukunft. Die Tristheit und Unübersichtlichkeit dieser Situation lässt uns in defensiver Manier von einer...

Impulse 2 min

Die Nützlichkeit von Cannabis?

Nils Markwardt 15 April 2015

Unter dem Prinzip der Nützlichkeit ist jenes Prinzip zu verstehen, das schlechthin jede Handlung in dem Maß billigt oder missbilligt, wie ihr die Tendenz innezuwohnen scheint, das Glück der Gruppe, deren...

Gespräch 10 min

Am Abgrund der Moderne

Catherine Newmark 09 Juli 2015

Hannah Arendt hat nicht nur die totalitäre Herrschaft analysiert, sondern auch die Traditionsbrüche beschrieben, die diese ermöglichte...

Impulse 4 min

Das Leben als Brettspiel

Theresa Schouwink 01 Dezember 2020

Seit dem Beginn der **Corona-Pandemie** sind viele Alltagssituationen auf Effizienz getrimmt:

Markierungen...

[Impulse](#) 1 min

Anneke Kim Sarnau - Die Raue

Dominik Erhard 15 Juni 2018

„Rock“ steht auf ihrem rechten Arm, „Roll“ auf dem linken. Hauptsache borstig. Das ist das Motto der doppelten Grimme-Preisträgerin Anneke Kim Sarnau, eine der beliebtesten Schauspielerinnen Deutschlands...

[Impulse](#) 2 min

Durch Verwundbarkeit verbunden

Sabine Hark 06 April 2020

Die Corona-Krise zeigt in aller Deutlichkeit: Soziale Fürsorge muss von der Verletzlichkeit der anderen ausgehen, nicht von der eigenen...

[Artikel](#) 4 min

Rettet das Zwitschern

Cord Riechelmann 20 Juli 2017

Vielleicht sind Vögel die philosophischsten Tiere überhaupt: weil sie sich nah an unserer Wahrnehmung bewegen und diese auch noch im Flug erweitern. Nicht zuletzt deshalb müssen sie vor dem Aussterben...

[Zur Startseite](#) / [Artikel](#) / [Rettet das deliberative Prinzip!](#)

philosophie Magazin

Februar/März 2022 Nr. 62

[Online Vorschau](#)

Soziale Netzwerke

[Facebook](#)[Twitter](#)[Instagram](#)[RSS](#)

Rechtliches

[Datenschutzerklärung](#)[Impressum](#)

Philosophie Magazin

[Über uns](#) | [Unsere App](#) | [PhiloMag+ Hilfe](#) | [Abonnieren](#) >